

Trier: Streit um Giftstoffe von der Airbase Spangdahlem landet vor Gericht

Die Verbandsgemeinde Wittlich-Land klagt gegen die Bundesrepublik Deutschland. Sie fordert Schadenersatz. Müssen die Bürger für hohe Extra-Kosten zahlen?

Quelle:

https://www.volksfreund.de/region/streit-um-giftstoffe-von-der-airbase-spangdahlem-landet-vor-gericht_aid-36504663

Von Katharina De Mos – Trierer Volksfreund (TV) 3.2.2019

Nur schwer lässt sich ermessen, wie groß der Umweltschaden ist, der in der Region dadurch entstanden ist, dass krebserregende Schadstoffe von den Flugplätzen Bitburg und Spangdahlem aus in Bäche, Grundwasser oder Kanalisation gelangen. Jahrzehntlang kamen dort bei Übungen und im Ernstfall Löschschäume zum Einsatz, die perfluorierte Tenside enthalten. Stoffe, die im Verdacht stehen, Krebs auszulösen und die sich zudem im Lauf der Jahre in der Umwelt anreichern, weil sie nicht abbaubar sind.

Ein sehr hoher finanzieller Schaden ist bisher nur der Verbandsgemeinde Wittlich-Land entstanden. Schon mehr als eine halbe Million Euro musste die Kommune zahlen, weil sie zu stark belasteten Klärschlamm nicht mehr als Dünger auf Felder ausbringen kann, sondern teuer verbrennen lassen muss. Vor dem Trierer Landgericht klagt die Gemeinde nun auf Schadenersatz. Ein Prozess, der mit Spannung erwartet wird, da er Signalwirkung für andere Geschädigte haben könnte. Und davon gibt es in der Region Trier, rings um andere rheinland-pfälzische Flughäfen und auch im Rest Deutschlands viele. Darunter Angelvereine, Landwirte oder Wasserversorger.

Die Gemeinde klagt nicht direkt gegen die Vereinigten Staaten, weil diese gemäß Nato-Truppenstatut vor Gericht vom Gastgeber Deutschland vertreten werden. Sie klagt also gegen die Bundesrepublik, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Diese hatte Schadenersatzforderungen bis zu einer Höhe von 460 000 Euro ohne Einwände beglichen. Seit 2017 weigert sie sich aber, das weiterhin zu tun. Seitdem blieb die Gemeinde auf Entsorgungskosten in Höhe von rund 85 000 Euro sitzen – und fürchtet, dass in Zukunft die Bürger für die hohen Extra-Ausgaben zahlen müssen.

Auf TV-Anfrage gibt die Bundesbehörde als Grund für ihre Weigerung an, dass eine Verantwortlichkeit der US-Streitkräfte bisher nicht hinreichend geklärt sei. Zudem verweist sie auf ein Düsseldorfer PFT-Urteil, das knapp zusammengefasst besagt, dass der dort beschuldigte Flughafen nicht schuld sei, weil vor 2007 gar nicht bekannt war, wie gefährlich die Stoffe in den Löschmitteln sind.

Die Klageschrift, die dem Trierischen Volksfreund vorliegt, zeigt, dass die Verbandsgemeinde genau da ansetzen will. Die Kommune kreidet an, dass die Airbase – wie diese selbst auf TV-Anfrage bestätigt – noch bis ins Jahr 2010 hinein Löschschäume verwendete, die ein besonders gefährliches und inzwischen auch verbotenes Tensid enthielten. Rechtlich ist dagegen nichts einzuwenden, da Restbestände bis Mitte 2011 aufgebraucht werden durften. Dennoch wirft die VG den Amerikanern Fahrlässigkeit vor, weil sie nach Bekanntwerden der Gesundheitsgefahren nicht gleich auf andere Löschmittel umstellten. Und sie argumentiert weiter: Es mag ja erlaubt sein, gefährliche Stoffe zu benutzen. Das entbinde aber nicht von der Pflicht, für dabei entstandene Schäden aufzukommen.

Die Amerikaner verweisen darauf, dass sie 2017 auf neuartige Löschmittel umstellten, deren Inhaltsstoffe weniger giftig seien und die sich auch nicht so stark in der Umwelt anreichern. Das Umweltbundesamt betont allerdings, diese chemisch kurzkettigen Verbindungen seien umso mobiler und könnten somit zur Verunreinigung von Grund- und Trinkwasser beitragen.

Kommentar: Warum stellt sich der Staat gegen seine Bürger?

von Katharina De Mos – Trierer Volksfreund (TV) 3.2.2019

Gibt es wirklich Zweifel daran, dass die US-Airforce für die Umweltverschmutzung im Umfeld der Flugplätze Bitburg und Spangdahlem verantwortlich ist? Unter deutschen wie amerikanischen Umweltextperten herrscht seit Jahren Konsens, dass die krebserregenden Stoffe aus Löschsäumen stammen, die auf den Stützpunkten jahrzehntelang bis ins 21. Jahrhundert hinein benutzt wurden.

Und nie in all den Jahren, in denen dieses Thema schon öffentlich debattiert wird, hat die Airbase Spangdahlem diese Verantwortung bestritten. Im Gegenteil. Millionen Dollar hat sie investiert, um das Grundwasser rund um ihren Stützpunkt zu überwachen und herauszufinden, wo genau auf dem Militärgelände die Quellen der PFT-Verunreinigung liegen.

Vor diesem Hintergrund ist es absolut nicht nachzuvollziehen, warum die Bundesrepublik sich in Gestalt der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf allen Ebenen querstellt. Warum sie alles tut, um Lösungen zu verhindern, die im Sinne ihrer eigenen Bürger wären.

Zum einen verzögert sie eine mögliche Sanierung der betroffenen Flächen – und riskiert so, dass noch höhere Schäden entstehen. Als die zuständige Wasserbehörde sie aufforderte, bis 2019 ein Sanierungskonzept vorzulegen, legte sie stattdessen Widerspruch ein. Geeinigt hat man sich inzwischen auf etwas, das für die Region höchst enttäuschend ist und nach wenig mehr als Hinhaltetaktik klingt. Bis Oktober soll die Bima eine „Risikobewertung“ vorlegen. Also einen Bericht, der zeigt, woher genau die PFT-Belastung stammt und wie sie zu sanieren ist. Das bedeutet bloß: Nach Jahren der Untersuchungen wird es noch mehr Bodenproben, Wasseranalysen und Aktenstudien geben. Und sonst erstmal: nichts.

Zum anderen weigert sie sich, nachvollziehbare Schadensersatzansprüche zu begleichen. Zweifelt die Behörde urplötzlich wirklich daran, dass die gefährlichen Tenside im Klärschlamm der Verbandsgemeinde Wittlich-Land von der Airbase kommen? Das wäre schon merkwürdig. In den vergangenen Jahren hatte sie schließlich keine Zweifel und zögerte auch nicht, die Schadensersatzforderungen zu begleichen.

Warum sollten nun Menschen, die in den Dörfern rings um den Stützpunkt leben, für Schäden zahlen müssen, die die Airforce verursacht hat? Warum stellt sich der deutsche Staat gegen seine eigenen Bürger?

Das ist paradox. Es ist inakzeptabel. Und es muss ein Ende haben!

Kommentar dazu von Markus Pflüger (Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. Trier):

Was nicht explizit thematisiert wird ist die militärische Funktion der Airbase Spangdahlem, konkret: die Kriege die von hier aus starteten und starten. Alle Airbasebefürworter, also die Vertreter der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik von CDU und SPD sind mehrheitlich für diesen Kriegsflughafen und reden immer vom "wirtschaftlichen Nutzen" der Region - der Schaden wird dies langfristig übersteigen. Jetzt wäre endlich der Einsatz für die Konversion des Kriegsflughafens notwendig. Es wurde schon zur Erweiterungen der Airbase und zur Stationierungen neuer militärischer Einheiten geschwiegen. Die Folgeschäden waren schon länger abzusehen, die tägliche Belastung für Mensch und Natur geht weiter und verschwiegen werden die zivilen Opfern der weltweiten Kriege die auch von hier aus starten.